

Blickpunkt



Landtag



Ich berichte für Sie und den Kreis Warendorf
aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



Wahlaufruf

Dienstwagen

Rechenschaftsbericht



Liebe Leserinnen und Leser,

am 25. Mai findet die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen und die Europawahl statt. Dies ist auch die Chance für die Bürgerinnen und Bürger durch ihre Stimmabgabe mitzugestalten – vor Ort und in Europa.

Ich kann Sie nur dazu ermutigen wählen zu gehen! Es ist Ihr gutes Recht – und dies ist keinesfalls selbstverständlich. Schaut man

auf die aktuellen Konflikte in der Ukraine, sollten wir uns des Wertes unserer Stimme erneut bewusst werden! Dort riskieren die Menschen für die Demokratie ihr Leben! In unserer Demokratie entscheiden wir bei Wahlen über unsere Zukunft. Wir entscheiden, wer unsere Interessen in den Parlamenten vertritt. Eine Demokratie funktioniert nur, wenn das Volk in den gewählten Vertretungen gut repräsentiert wird – und dabei zählt die Stimme eines jeden!

Im Umkehrschluss heißt das auch: Wer nicht wählt, kann auch keine Ansprüche stellen. Nutze ich die Chance meine Stimme abzugeben nicht, werden andere sie wahrneh-

men und zukünftig über meine Belange entscheiden.

Nicht-Wählen bringt nichts. Sicher ärgere ich mich auch über Parteien, auch manchmal sogar über meine eigene. Nicht-Wählen ist jedoch eine deprimierende und perspektivlose Strategie, um darauf zu reagieren. Es verschlechtert eher die Situation, als etwas zu verbessern und Probleme anzupacken.

Deshalb kann ich Sie nur ermuntern zur Wahl zu gehen – für Sie, für unseren Kreis, für unser Land, für unsere demokratische Zukunft!

Ihre

Astrid Birkhahn

Am 25. Mai wählen gehen!
CDU ☒ ☒ ☒

Werkstattgespräch: Ehrenamtliches Engagement für Inklusion - Chancen und Grenzen

Die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist für viele Menschen mit Behinderung immer noch mit großen Hindernissen verbunden. Um diese Barrieren zu überwinden, könnten ehrenamtliche Helferinnen und Helfer einen wichtigen Beitrag leisten. Wie kann ehrenamtliches Engagement Menschen mit Behinderung in ihrem Lebensalltag unterstützen?

Wo liegen die Grenzen des Engagements? Welches Verständnis von und welche Erwartungen an Ehrenamtsarbeit haben Menschen mit und ohne Behinderung?

Wie kann Politik in diesem Bereich Rahmenbedingungen schaffen, um den Weg in eine inklusive Gesellschaft zu unterstützen? Diese und weitere Fragen

möchten die Abgeordneten Astrid Birkhahn und Ursula Doppmeier mit Gästen anhand von Beispielen aus der Praxis diskutieren. Referenten sind u.a. Prof. Dr. Kathrin Römisch, Evangelische Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum, Jochen Mahne, Lebenshilfe Warendorf, Ambulant unterstütztes Wohnen, Marion Wank, Pflegedienstberatung/Case Management C.E.M.M., Caritas Sozialsation Beckum. Birkhahn und Doppmeier freuen sich auf einen gemeinsamen Informationsaustausch und laden herzlich alle Interessierten zum Werkstattgespräch ein. Anmeldungen werden unter fabian.goetz@landtag.nrw.de entgegengenommen.

Dienstwagen der Landesregierung verstoßen gegen CO2 Richtlinien

Kein Auto in der Dienstwagenflotte der nordrhein-westfälischen Landesregierung hält nach einem Bericht der Deutschen Umwelthilfe beim Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) den EU-Zielwert von 130 Gramm pro Kilometer ein. Mit 133 Gramm knapp über dem Wert liegt der BMW 525 des Ministers für Klimaschutz und Umwelt, Johannes Remmel (Grüne). Die Schlusslichter bilden die Wagen von Ministerpräsidentin



Der CO₂-Ausstoß der Dienstwagen der Landesregierung sorgt für Diskussionsstoff. Kein Auto in der Dienstwagenflotte der nordrhein-westfälischen Landesregierung hält nach einem Bericht der Deutschen Umwelthilfe beim Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) den EU-Zielwert von 130 Gramm pro Kilometer ein. (Bild: Gabi Eder/pixelio.de)

Hannelore Kraft und Innenminister Ralf Jäger (beide SPD). Kraft wird demnach in einem Audi A 8 mit vier Liter Hubraum chauffiert, der nach Angaben der Umwelthilfe 219 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstößt. Jägers Langversion des A 8 mit einer 6,3 Liter Maschine pustet laut Umwelthilfe 277 Gramm Treibhausgas in die Luft. Beide bringen mehr als 400 PS auf die Straße.

„Es zeigt sich hier einmal wieder der Doppelmoral der Landesregierung. Den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in NRW werden durch das Klimaschutzgesetz drangsaliert. Mit dem Gesetz droht eine Vielzahl von unnötigen bürokratischen Vorschriften. Es schafft für Unternehmen erhebliche Rechts- und Planungsunsicherheiten, so dass sie womöglich Produktionsstandorte verlagern werden. Gewerkschaften befürchten massive Arbeitsplatzverluste. Die Landesregierung hingegen pustet mit ihren dicken Dienstwagen das CO₂ in die Luft. Das passt doch alles nicht zusammen. Vor allem die Grünen predigen Wasser und lassen sich selbst den Wein schmecken. Dies ist nicht hinnehmbar“, so Birkhahn.

Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

Am 14. bis 15. Mai kam das Hohe Haus zur Plenardebatte zusammen. Es standen zahlreiche Entscheidungen im Landtag NRW an. Unter anderem brachte die CDU-Landtagsfraktion einen Antrag ins Plenum ein, um die Schulsozialarbeit auch in Zukunft sicherzustellen und lieferte sich mit Rot-Grün einen verbalen Schlagab-



tausch über die weitere Finanzierung. Die CDU machte klar: Der Bund hat seine Pflicht erfüllt und das Projekt finanziell auf den Weg gebracht. Jetzt ist Rot-Grün am Zug. Ebenso heftig rangen die Fraktionen um das Thema der steigenden Einbruchskriminalität in Nordrhein-Westfalen. Seit dem Amtsantritt von Innenminister Jäger hat, hat sich die Zahl der jährlichen Wohnungseinbrüche in Nordrhein-Westfalen um 10.000 auf 54.000 erhöht. Hier gibt es jedoch deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen. Nicht zuletzt machte sich die CDU mit einem Antrag dafür stark, dass sich auf Bundes- und Landesebene dafür einzusetzen, dass Opfer von Zwangsprostitution besser geschützt und Menschenhändler und Täter effektiver verfolgt werden. Alle Entscheidungen der vergangenen Plenarwoche finden Sie im Internet unter: www.landtag.nrw.de.

„Politik, Gesellschaft und Medien müssen Altenpflege stärker anerkennen“



Die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn fordert mehr Akzeptanz für die Pflegeberufe in Nordrhein-Westfalen und Deutschland insgesamt. (Bild: Albrecht E. Arnold/pixelio.de)

„Ohne Altenpflegerinnen und Altenpfleger wäre unsere Gesellschaft weniger menschlich“, erklärt die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn. Die Christdemokratin will, dass Pflegeberufe attraktiver werden, Pflegekräfte mehr Anerkennung bekommen und leistungsgerechter bezahlt werden. Zudem müsse die Ausbildung kostenfrei bleiben. Nur so könne es gelingen, mehr junge Menschen für Pflegeberufe zu begeistern. Birkhahn befürchtet schon bald einen gravierenden Fachkräftemangel in diesem Bereich. Schließlich erfordere die alternde Gesellschaft eine steigende Zahl von Pflegerinnen und Pflegern.

Es dürfe nicht bei Bekenntnissen bleiben, es müssen nun Gesetze gemacht werden, fordert Birkhahn. „Wir werden Ihren Berufsstand stärken“. Mit Gesundheitsminister Hermann Gröhe und dem Pflegebeauftragten der Bundesregierung Karl-Josef Laumann arbeiten zwei nordrhein-westfälische Christdemokraten an einem neuen Pflegegesetz. „Aus Berlin und aus der CDU gibt es Rückenwind für die Arbeit der Pflegerinnen und Pfleger in NRW“, so die Landtagsabgeordnete. Birkhahn fordert zugleich die Landesregierung auf, ihre Hausaufgaben zu erledigen. So dürfe die Schließung von Ausbildungsseminaren kein Thema sein. Vielmehr müsse die Ausbildung qualifizierter Pflegekräfte sichergestellt und die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden. „Die Zuschüsse des Landes zur Ausbildung von Pflegekräften müssen erhöht werden“, sagt Birkhahn. Darüber hinaus müsse die Landesregierung den Abbau von stationären Pflegeplätzen verhindern.

Rechenschaftsbericht vorgestellt: Themen, Termine, Teamarbeit

Die politische Arbeit der CDU-Landtagsfraktion von 2012 bis heute beleuchtet der neueste Rechenschaftsbericht, der satzungsgemäß zum Landesparteitag vorgestellt worden ist. In der 52-seitigen Broschüre unter dem Titel „Ideen und Initiativen: Für eine solide Zukunft“ werden die Aktivitäten aller Arbeitskreise ausführlich in Wort und Bild berichtet. „Wir wollen bei der nächsten Landtagswahl zeigen, dass wir es besser können“, schreibt der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet in seinem Vorwort: „Mit eigenen Konzepten und Entwürfen legen wir jetzt das Fundament dafür.“ Der Rechenschaftsbericht kann als PDF-Dokument im Internet geladen werden. <http://goo.gl/75lq5e>



Der Rechenschaftsbericht der CDU-Landtagsfraktion steht ab sofort im Internet zur Verfügung.

Impressum

Blickpunkt Landtag
für den Wahlkreis Warendorf I
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 - 2744
Telefax: 0211 - 884 - 3346
E-Mail: astrid.birkhahn@landtag.nrw.de
www.astrid-birkhahn.de